



## ایران رپورت

### Iran-Report

04/21

April 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

Innenpolitik	2
Kultur	13
Wirtschaft	13
Aussenpolitik	20

---

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an [info@boell.de](mailto:info@boell.de) können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Anja Hoffmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
20. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Rede des Revolutionsführers Chamenei zum iranischen Jahreswechsel / Sarif und Rohani für rasche Verhandlungen / Kommunikationsminister lehnt Zensur im Internet ab / General Said Mohammad bewirbt sich um das Amt des Präsidenten / Reformer bekennen sich zur islamischen Staatsordnung / Mehr als hundert iranische Aktivisten fordern eine Volksbefragung / Chatami verlangt freie Wahlen / Nargess Mohammadi protestiert gegen Umgang mit Frauen in Gefängnissen / Überwachung und verstärkte Unterdrückung der Bahai / 18 politische Gefangene protestieren gegen Zustände in den Gefängnissen / Einzelhaft von Taghawi beendet / Sohn des 1979 gestürzten Schahs bekennt sich zur Republik / Armee gesteht, an der Niederschlagung der Proteste beteiligt gewesen zu sein / Vierte Corona-Welle

---

### REDE DES REVOLUTIONSFÜHRERS CHAMENEI ZUM IRANISCHEN JAHRESWECHSEL

In seiner Rede zum Jahreswechsel, die vom staatlichen Fernsehen übertragen wurde, nahm Revolutionsführer Ali Chamenei zu der Außen-, Wirtschafts- und Medienpolitik des Landes Stellung. Zum Atomkonflikt und den Verhandlungen mit dem Westen sagte er: „Wir brauchen uns nicht zu beeilen. Die Gefahr, die Eile verbirgt, ist weitaus größer als die Folgen einer verpassten Gelegenheit. Wir haben uns beim Atomabkommen beeilt und deshalb große Fehler gemacht.“

Gerichtet an die USA sagte er: „Ihr habt von Tag zu Tag mehr Probleme bekommen. Und man weiß nicht, welches Schicksal euer neuer Präsident erleben wird. Wir haben es nicht eilig. Ja, wir sind der Meinung, dass man Gelegenheiten wahrnehmen sollte. Aber wir werden uns nicht beeilen.“

Die Verantwortlichen sollten die Entwicklung der Wirtschaft nicht von der Aufhebung der Sanktionen abhängig machen, sagte Chamenei weiter. Sie sollten nicht auf endgültige Entscheidungen in Bezug auf den Atomkonflikt warten. Die Strategie der Islamischen Republik bezüglich der Verhandlungen mit den USA und der EU sei klar. Jede Abweichung von dieser Strategie sei untersagt. „Die USA müssen zunächst die Sanktionen aufheben, danach werden wir einen Faktencheck durchführen und erst dann unsere im Atomabkommen festgelegten Verpflichtungen voll erfüllen“, sagte Chamenei. Es gehe nicht darum, wer den ersten Schritt unternehme, sondern darum, welche Seite gegen das Abkommen verstoßen und ihre Verpflichtungen versäumt habe.

„Zugegeben, die Umstände haben sich seit dem Abschluss des Abkommens geändert. Die Änderungen haben den USA geschadet und zugunsten Irans gewirkt. Iran ist seit dem Abkommen stärker geworden“, sagte der Revolutionsführer.

Zu den „einseitigen Sanktionen“ der USA gegen Iran sagte Chamenei, es gebe zwei Wege, mit ihnen umzugehen: entweder mit dem Gegner zu verhandeln oder die sanktionierten Güter im eigenen Land zu produzieren. Iran habe sich für den zweiten Weg entschieden.

Mit Blick auf die bevorstehenden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen forderte Chamenei, die Polarisierungen zu beenden. Die Wähler sollten sich genau überlegen, welchen Kandidaten sie wählen sollten. „Der künftige Präsident muss antikorrump, revolutionär und dschihadistisch sein. Mit gebügelten Anzügen kann man nicht die Ärmel hochkrepeln und die Arbeit richtig anpacken.“

Die nächsten Wahlen seien wichtig, weil sie innenpolitisch eine Erneuerung der Verwaltung durchführen und außenpolitisch zeigen sollten, dass die Bevölkerung an der Gestaltung des Schicksals des Landes teilnimmt und geschlossen die nationale Einheit

verteidigt. „Es kann sein, dass jemand mich nicht akzeptiert, aber ein starkes Iran akzeptiert“, sagte Chamenei. „Diese Stärke ist ein Geschenk des Volkes an den Staat, vor allem dann, wenn die Wahlbeteiligung hoch ist.“

„In den sozialen Netzwerken werden Gerüchte gegen den Wächterrath und die Organisatoren der Wahl verbreitet, um Resignation hervorzurufen“, sagte der Revolutionsführer. Er übte scharfe Kritik gegen die Verwaltung der Netzwerke. Obwohl er oft darauf hingewiesen habe, herrsche in den Netzwerken „Zügellosigkeit“. „Zu sagen, bei uns herrsche im Internet Freiheit, ist kein Grund, stolz zu sein.“ Das Internet müsse genau kontrolliert werden.

### **SARIF UND ROHANI FÜR RASCHE VERHANDLUNGEN**

Im Gegensatz zu Chamenei sind einige Mitglieder der Regierung der Meinung, die Verhandlungen mit den USA sollten so rasch wie möglich geführt und noch vor den Präsidentschaftswahlen im Juni abgeschlossen werden. Außenminister Mohammad Dschawad Sarif hatte einige Tage zuvor erklärt, die Regierung von Präsident Biden sollte so rasch wie möglich zum Atomabkommen zurückkehren, sonst werde, angesichts der Wahlen in Iran, vor dem Jahresende ein Abkommen kaum möglich sein.

Auch Präsident Hassan Rohani erklärte: „Jeder Versuch, die Aufhebung der Sanktionen zu verhindern, ist ein großer Verrat an der iranischen Geschichte und dem iranischen Volk. Für die Gruppen oder die Personen, die solche Versuche unternehmen, wird dies einen ewigen Schandfleck hinterlassen.“ Er sagte nicht, welche Gruppen oder Personen er meinte, und sprach von einer kleinen Minderheit: „Die kleine Minderheit, die den eingeschlagenen Weg blockiert, muss ihre zerstörerische Haltung aufgeben“, sagte der Präsident. Derzeit seien die Bedingungen für eine Aufhebung der Sanktionen so günstig wie nie. Mit Blick auf bevorstehende Wahlen forderte Rohani „mehr Demokratie“. „Demokratie ist ein nationales Kapital, das wir ungeachtet von ideologischen Tendenzen unbedingt schützen müssen“, sagte er in einer Fernsehansprache zum Jahresbeginn. Das Volk müsse frei entscheiden, ob es „Fortschritt“ wolle oder „Stillstand“.

### **KOMMUNIKATIONSMINISTER LEHNT ZENSUR IM INTERNET AB**

Einen Tag nach der Aufforderung des Revolutionsführers Ali Chamenei, das Internet schärfer zu kontrollieren, erklärte der Minister für Kommunikation und Technologie, Mohammad Dschawad Asari Dschahromi, die Filterung (Zensur) von Internetseiten, wie sie bislang gehandhabt wurde, sei nicht mehr aktuell. Die inzwischen entstandene Kluft zwischen den Generationen sei durch Filterungen nicht zu beseitigen. Es gebe mittlerweile genügend Möglichkeiten, die Filterungen zu umgehen.

„Die Erziehung der Menschen im virtuellen Raum ist genauso wie die Erziehung in der realen Welt“, sagte der Minister. „Jene, die glauben, für die Erziehung ihrer Kinder im virtuellen Raum sei allein der Staat verantwortlich, sollten einen Blick auf rechts oder links orientierte Amtsträger werfen. Sie werden feststellen, dass diese Amtsträger nicht einmal in der Lage sind, ihre eigenen Kinder zu erziehen, geschweige denn die gesamte Gesellschaft. Die Kenntnisse der Kinder über das Internet und über soziale Netzwerke sind weit umfangreicher als die ihrer Eltern. Diese Kluft lässt sich nicht mit Filterungen und Zensur überbrücken, sondern nur durch höhere Bildung.“

Der Minister wird immer wieder seitens der Rechten und Ultras für seine Medienpolitik kritisiert. Er wurde sowohl vom Parlament als auch von der Justiz einbestellt. Im Februar wurde er von der Staatsanwaltschaft einbestellt, weil er sich geweigert hatte, die Nutzung von Instagram einzuschränken.

Die Rechten und Ultras fordern eine strenge Kontrolle und Zensur des Internets und der sozialen Netzwerke.

Seit Jahren wird in Iran versucht, ein nationales Internet zu gründen. Mit diesem Projekt soll das Land, nach offizieller Darstellung, vom internationalen Internet unabhängig gemacht werden. In Wirklichkeit geht es aber um die totale Kontrolle des Internets. Kürzlich sagte Präsident Rohani, seine Regierung sei bestrebt, das nationale Internet so weit zu stärken, „dass die Menschen im Land unabhängig vom Ausland sich alle benötigten Informationen beschaffen können.“ Die Idee der Einführung eines nationalen Internets stammt von dem früheren Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad.

Auch Rohani verteidigte die Freiheit im Internet und in den Netzwerken. „Der virtuelle Raum erleichtert das Leben, beschleunigt die Aktivitäten und ist ein Mittel zur Bekämpfung der Verderbtheiten“, sagte er auf einer Veranstaltung über den digitalen Staat am 23. März. Er verglich das Internet mit einer Autobahn. „Wenn es keine freie Fahrt gibt, ist es mühsam, zum Ziel zu gelangen. Wenn es aber keine Hindernisse gibt, kommt man rasch zum Ziel. Und die Gefahren sind weitaus geringer. Obwohl auch hier Gefahren nicht ausgeschlossen sind“, sagte der Präsident.

Die Regierung von Rohani kündigte an, noch vor den Präsidentschaftswahlen im Juni dieses Jahres den „digitalen Staat“ bis zu einer „akzeptablen Stufe“ zu entwickeln. Diese Entwicklung werde nach Meinung Rohanis Verderbtheiten entgegenwirken. Sie werde mögliche Korruptionen bei persönlichen Begegnungen in den Ämtern (Bestechungen) reduzieren und für mehr Transparenz sorgen.

In Iran sind soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter seit Jahren gesperrt. Instagram gehört zu den wenigen zugänglichen Netzwerken, das allerdings von Millionen Usern besucht wird. Ebenfalls großer Beliebtheit erfreut sich die neue Plattform Clubhouse.

## **GENERAL SAID MOHAMMAD BEWIRBT SICH UM DAS AMT DES PRÄSIDENTEN**

General Said Mohammad, Oberbefehlshaber des Wirtschaftsflügels der Revolutionsgarden, Chatam al Anbia, legte am 7. März sein Amt nieder, um sich um das Amt des Präsidenten zu bewerben. Eigentlich gehört der Posten, den er innehatte, zu den höchsten und lukrativsten des Landes. Denn Chatam al Anbia ist ein gigantisches Unternehmen, das in nahezu allen Wirtschaftszweigen des Landes tätig ist und die größten staatlichen Aufträge erhält.

In Mohammads Rücktrittsschreiben heißt es: „Da meine Teilnahme an der Wahl möglicherweise negative Folgen für die Revolutionsgarden bringen könnte, werde ich mein Amt niederlegen.“

Mohammad ist 52 Jahre alt und seit 36 Jahren Mitglied der Revolutionsgarden. Die Teilnahme der Militärs an Wahlen ist in Iran umstritten. Ayatollah Chomeini, der Gründer der Islamischen Republik, hatte Angehörigen der Streitkräfte und der Revolutionsgarden untersagt, sich in die Politik einzumischen. Doch die gegenwärtige Lage, die Krise der Wirtschaft, die desolante Außenpolitik und die zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung erfordern nach Meinung der Konservativen und Ultras eine harte politische Führung. Eine militärische Führung könne für Ordnung sorgen, glauben sie. Demgegenüber warnen moderatere Kräfte vor einer Militärdiktatur. Dem widerspricht der militärische Berater des Revolutionsführers, General Hassan Dehghan. Er war in der ersten Amtsperiode von Präsident Hassan Rohani Verteidigungsminister. Als Berater Chameneis verfügt er nun über großen Einfluss.

Auch Dehghan hat seine Kandidatur angemeldet. „Soldaten und Offiziere haben das Recht, zu wählen, genauso wie sie das Recht haben, sich zur Wahl zu stellen“, sagte er in

einem Interview mit der Nachrichtenagentur Isna. „Es gibt kein Gesetz, das die Kandidatur der Militärs verbietet. Was Sorge bereiten könnte, und ich teile diese Sorge, wäre der organisierte Versuch einer Reihe von Militärs zur Übernahme einer Institution, was im Extremfall zu einem militärischen Staatsstreich führen könnte. Besorgniserregend wäre auch, wenn ein Offizier mit Hilfe der Militärs die Macht übernehmen wollte. Beide Fälle wären inakzeptabel. Solche Vorgänge würde ich mit Sicherheit ablehnen.“

Doch in Iran könne man weder einen militärischen Staatsstreich durchführen, noch wäre es unter den gegebenen Umständen für einen Offizier möglich, mit Hilfe der Militärs an die Macht zu kommen.

Dehghan hatte bereits im Herbst seine Bewerbung angekündigt. Er wolle „die Bevölkerung aus dem gegenwärtigen, unerträglichen Zustand heraus retten“, sagte er.

### **REFORMER BEKENNEN SICH ZUR ISLAMISCHEN STAATSORDNUNG**

Abdolwahed Mussawi Lari, einer der profilierten Reformer und ehemaliger Innenminister im Kabinett von Mohammad Chatami, sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Isna: „Die Reformer betrachten sich als substanzieller Bestandteil der Staatsordnung der Islamischen Republik. Sie sind mit dieser Republik fest verbunden.“ Er äußerte die Hoffnung, dass die „politische Atmosphäre“ sich öffnen werde. Die Reformer seien dabei, ihre Präsenz bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl vorzubereiten, sagte er.

Die negativen Äußerungen, die gegen die Reformer laut geworden seien, würden keineswegs die öffentliche Meinung widerspiegeln. „Die Gegner sind Personen, die von außen gefüttert werden“, sagte Lari. Vor kurzem schrieb die Tageszeitung Schargh, die Provinzgouverneure, die unter Minister Lari im Amt waren, hätten ihn aufgefordert, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren.

Die Reformer hätten die Absicht, aktiv an der Wahl teilzunehmen, sagte Lari weiter. Mit Blick auf die niedrige Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen erklärte er, eine niedrige Wahlbeteiligung im Juni wäre „gefährlich“. „Sollten die Verantwortlichen den Wählern nicht zusichern können, dass diese Wahl ganz anders sein werde als die Parlamentswahlen, wird das Eis zwischen der Bevölkerung und dem Staat nicht auftauen. Dann wird die Kluft zwischen dem Volk und dem Staat noch größer, was verheerende Folgen haben würde.“ Die Lage des Landes und die weitverbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung erforderten einen anderen Umgang als bei den Parlamentswahlen, betonte Lari.

Angesichts der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, die in den vergangenen vier Jahren mehrmals zu landesweiten Protesten geführt hat, haben die sogenannten Gemäßigten und Reformer, die während dieser Zeit die Regierung führten, ihre Basis in der Bevölkerung weitgehend verloren. Den Reformern wird Unfähigkeit, Opportunismus und gar Verrat vorgeworfen. Zudem sind die Reformer aufgrund kontroverser Standpunkte von Spaltungen bedroht.

Lari lehnt die Kritik ab. „Der einzige Ausweg, der Iran geblieben ist, sind Reformen“, sagte er. Die Menschen im Land wollen weder radikale Lösungen noch dulden sie das Bestehende. Sie wollen ihr Land und dessen Staatsordnung retten.“

Er hoffte, die Reformer würden sich auf ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Strategie einigen. Er betonte, die Reformer würden in erster Linie einen eigenen Kandidaten unterstützen, nicht einen „Gemäßigten“. Bei der vergangenen Präsidentschaftswahl hatten die Reformer auf Empfehlung des früheren Präsidenten Mohammad Chatami ihren eigenen Kandidaten (der allerdings keine Chance hatte) zugunsten von Hassan Rohani zurückgezogen.

## MEHR ALS HUNDERT IRANISCHE AKTIVISTEN FORDERN EINE VOLKSBEFRAGUNG

102 politische Aktivisten, die in Iran leben, haben am 4. März in einem offenen Brief den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, eine Volksbefragung in Iran durchzuführen und damit den „Willen des iranischen Volkes gegen die Staatsgewalt“ und zu einer demokratischen und säkularen Verfassung zu unterstützen.

Die Autoren des offenen Briefes bezeichnen den islamischen Staat als einen Staat des „Unglaubens und der Korruption“. Sie machen Revolutionsführer Ali Chamenei für die in den letzten Jahren eingesetzte Gewalt gegen friedliche Demonstranten verantwortlich. Der Sicherheitsrat solle, ähnlich wie in den neunziger Jahren die Apartheid in Südafrika, die eklatanten Verletzungen der Menschenrechte in Iran mit Sanktionen ahnden.

Die Unterzeichner des offenen Briefes, die sich als „Bewegung der nationalen Einheit zur Erlangung einer demokratischen und säkularen Verfassung in Iran“ bezeichnen, schreiben, die iranische Staatsführung habe ihre Basis in Iran sowie im Nahen Osten längst verloren. In den vergangenen vier Jahren wurde sowohl von Gegnern als auch von einigen Befürwortern des Regimes die Durchführung einer Volksbefragung zu verschiedenen Themen gefordert. Die früheren Staatspräsidenten Mohammad Chatami und Mahmud Ahmadinedschad sowie der amtierende Staatspräsident Hassan Rohani forderten bei kontroversen Fragen zwischen der Regierung und dem Parlament ein Referendum. Das scheiterte jedoch immer wieder am Widerstand der Ultras, allen voran des Revolutionsführers.

Laut Verfassung muss eine Volksbefragung unter der Aufsicht des Wächterrats durchgeführt werden. Zudem bedarf die Befragung der Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten im Parlament. Schließlich braucht ein Referendum die Zustimmung des Revolutionsführers. Über grundsätzliche Themen, die zur Substanz der Islamischen Republik gehören, wie der Islam oder das System des Welayat-e faghieh (absolute Herrschaft der Geistlichkeit) ist eine Volksbefragung nicht zulässig. Daher wäre die Forderung der Autoren des offenen Briefs unter den gegenwärtigen Umständen nicht umsetzbar.

## CHATAMI VERLANGT FREIE WAHLEN

Der frühere Staatspräsident Mohammad Chatami entschuldigte sich in seiner Botschaft zum Jahreswechsel (21. März) zunächst beim iranischen Volk wegen „Fehler und Mängel“ in der Vergangenheit, ohne diese zu konkretisieren. Dann forderte er Sicherheit und Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Freie und allgemeine Wahlen könnten einen wichtigen Schritt in diese Richtung bilden, schrieb er.

Einige Wochen zuvor hatte Chatami, dem untersagt ist, öffentlich aufzutreten, einen langen Brief an Revolutionsführer Ali Chamenei geschrieben, dessen Inhalt nicht bekannt ist. Doch die ultrakonservative Tageszeitung Kayhan, die als Sprachrohr Chameneis gilt, schrieb: „Wenn Chatami tatsächlich Reue zeigen und sich entschuldigen will, soll er dies öffentlich tun und sich klar zu seinen Fehlern bekennen und das Volk um Verzeihung bitten.“

Chatami, der als Vater der iranischen Reformbewegung gilt, hatte die landesweiten Proteste von 2009 gegen die umstrittene Wiederwahl des damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad unterstützt und damit den Zorn des Revolutionsführers und der Ultras auf sich gezogen. Sie forderten ihn mehrmals auf, sich zu entschuldigen, was er nicht tat. Deshalb ist ihm untersagt, öffentlich aufzutreten. Zudem hat er Ausreiseverbot. Auch den Medien wurde verboten, Interviews oder Fotos von ihm zu veröffentlichen.

Chatami forderte in seiner Botschaft die Staatsführung dazu auf, sich beim iranischen Volk für alle Mängel, die ihm zugemutet wurden, zu entschuldigen. „Obwohl ich keine Verantwortung mehr trage, will auch ich mich für alles, was ich tun musste, aber unterlassen habe, entschuldigen.“ Es gelte nun, freie Wahlen zu ermöglichen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit haben, die aus ihrer Sicht geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Die nächsten Präsidentschaftswahlen finden am 18. Juni statt.

In Iran sind die Wahlen nicht frei, denn die Wähler können nur jene Bewerber wählen, die der Wächterrat als geeignete Kandidaten zugelassen hat. Diese Vorwahl ist in Wirklichkeit eine politische Säuberung. Politisch unerwünschte Bewerber werden vom konservativen Wächterrat zurückgewiesen. Bei den bisherigen Wahlen wurden selbst frühere Staatspräsidenten wie Haschemi Rafsandschani oder Mahmud Ahmadinedschad als ungeeignet zurückgewiesen.

Chatami erklärte, bei einer tatsächlich freien Wahl würden die Menschen mit Freude und Lust daran teilnehmen.

Vermutlich werden bei der kommenden Wahl noch mehr Vertreter der Reformbewegung als bisher zurückgewiesen werden. Ohnehin haben die Reformer weitgehend ihre Basis im Volk verloren. Ihnen wird vorgeworfen, ihre Versprechen nicht eingehalten und zu den Brutalitäten gegen Oppositionelle geschwiegen zu haben. Auch Chatamis Popularität ist stark gesunken.

### **NARGESS MOHAMMADI PROTESTIERT GEGEN UMGANG MIT FRAUEN IN GEFÄNGNISSEN**

Die bekannte Menschenrechtsaktivistin Nargess Mohammadi, die nach achtjähriger Gefangenschaft im vergangenen Oktober aus der Haft entlassen wurde, wurde am 27. Februar wegen Widerstand gegen die Gefängnisleitung von der Staatsanwaltschaft einbestellt. Dazu erklärte sie, sie habe kein Problem zu gestehen, dass sie zu ihrer Selbstverteidigung und zur Verteidigung ihrer Würde die Fensterscheiben im Büro des Gefängnisleiters eingeschlagen habe. „Ich erkenne weder die Staatsordnung noch solche Gefängnisse und deren Ordnung an“, erklärte sie.

Mohammadi, Vizevorsitzende des Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte, veröffentlichte ein Video und eine schriftliche Erklärung, in denen sie gegen den Umgang mit Frauen in iranischen Gefängnissen protestierte. Sie schilderte, wie sie bei der Überführung vom Teheraner Evin-Gefängnis in das Gefängnis in der Stadt Sandschan am 24. Dezember 2019 von dem damaligen Gefängnisdirektor Gholamresa Resai sexuell belästigt, unsittlich angefasst und geschlagen wurde. „Sie haben mich im Gefängnis sexuell gequält und meine Proteste ignoriert“, sagte sie.

Sie habe gegen den Gefängnisdirektor und seine Angestellten Anzeige erstattet. Doch anstatt darauf zu reagieren und den Fall zu untersuchen, habe man sie einbestellt und mit neuen Beschuldigungen konfrontiert. Sie werde, betonte sie, weder an der Gerichtsverhandlung teilnehmen noch sich selbst verteidigen. „Egal wie das Urteil ausfällt, werde ich es nicht akzeptieren und dagegen vehement protestieren“, sagte sie.

Im November vergangenen Jahres hatte Mohammadi gemeinsam mit anderen Frauen im Gefängnis gegen die Tötung von Demonstranten bei den Unruhen im November einen vierzigstägigen Streik begonnen. Am dritten Tag wurde sie angeblich zu einem Gespräch mit ihrem Anwalt aus der Zelle herausgeholt. Doch tatsächlich wurde sie in das Büro des Gefängnisdirektors gebracht und von Resai und einem Sicherheitsbeamten empfangen.

Die beiden hätten sie beschimpft und beleidigt, sagte sie. „Ich kehrte ihnen den Rücken und wollte den Raum verlassen. Doch sie griffen mich von hinten an und schlugen mich.“

Ich war schockiert, war wütend, schrie sie an und protestierte. „Sie dürfen mich nicht anfassen“, sagte ich. Doch sie machten weiter. Mein Schal und Mantel lagen auf dem Boden. Ich schlug gegen die Tür, gegen die Scheiben, die zerbrachen, verletzte dabei meine Hand. Es stellte sich heraus, dass sie mich ins Gefängnis nach Sandschan bringen wollten. Als sie mich in ein Auto zerren wollten, setzte ich mich auf den Boden. Ich konnte es nicht glauben. Der Gefängnisdirektor und sein Kollege nahmen meinen Körper, warfen ihn mit dem Kopf in ein Auto, als wäre ich ein totes Tier. Ich wehrte mich immer noch. Die Hälfte meines Körpers war noch außerhalb des Autos. Der Gefängnisdirektor fasste in einer unverschämten Weise meinen Unterleib an, drückte den Rest meines Körpers in das Auto und setzte sich auf meine Beine.“

„Als das Auto losfuhr, ließ sich Resai von dem Fahrer zwei Zigaretten geben. Sein Gesicht befand sich zwischen meinen Haaren, sein Mund berührte mein Ohr. Er sagte: ‚Nargess, steck die Zigaretten an. Lass uns zusammen eine rauchen.‘ Ich war wahnsinnig wütend, drückte meine Fingernägel tief in meine Hände, die ohnehin verletzt waren, und schwieg. Er sagte: ‚Wenn du nicht rauchen willst, zünde wenigstens meine Zigarette an.‘ Ich biss auf die Zähne, zwang mich nicht zu weinen, wollte keine Schwäche zeigen.“

Drei Beamte legten ihr Handschellen an. Sie wurde mit blutbeflecktem Kleid in das Gefängnis von Sandschan gebracht. Dort erstattete sie gegen Resai und seine Kollegen Anzeige. Danach wurde sie vom Amtsarzt untersucht: „Die Fotos zeigen, wie die dreisten Männer meine Schultern, Brüste, Arme und Schenkel verletzt hatten.“ Ihre Klage wurde ignoriert. „Wie kommt es, dass wir dazu verdammt werden, uns zu verhüllen, nicht sichtbar zu sein, sogar gänzlich ausgeschlossen zu werden, aber den Schergen des Regimes gestattet wird, unsere Körper zu enthüllen, ohne dass jemand sich in seiner Ehre verletzt fühlt, ohne dass eine Stimme sich dagegen erhebt? Anstatt diese Schergen zu bestrafen, werden die missbrauchten Frauen auf die Anklagebank gesetzt“, sagte Mohammadi.

Sie wies auf das Schicksal von Nilufar Bayani hin, deren Klagen, die sie in einem Brief an Revolutionsführer Ali Chamenei vorbrachte, ebenfalls erfolglos blieben. Bayani gehörte zu einer Gruppe von Umweltaktivistinnen und -aktivisten, denen Spionage vorgeworfen wurde. Sie schilderte in einem Brief vom 09.02.2020 an Chamenei, dass sie mindestens 1.200 Stunden unter schlimmsten physischen, psychischen und sexistischen Folterungen verhört worden sei. „Eines Tages brachten mich sieben bewaffnete Männer in eine Privatvilla in Lawasan (ein Ort in der Nähe von Teheran, in dem ausschließlich Reiche und Superreiche wohnen). Sie zwangen mich, zuzuschauen, wie sie sich im Swimmingpool unzüchtig aufführten.“ In ihrer Verteidigungsrede berichtete Bayani, wie sie ständig mit der Furcht lebte, der Folterer, der sie verhörte, könnte seine verbalen Drohungen tatsächlich wahr machen. „Jedes Mal, wenn sich das Verhör in die Länge zog und es dunkel wurde, zitterte ich vor Angst, er könnte mich tatsächlich vergewaltigen. Manchmal tauchte er überraschend und ohne Grund in den dunklen Gängen des Gefängnisses oder auf dem Gefängnishof auf. Sein widerliches, übles Verhalten führte dazu, dass ich mich nirgends vor Übergriffen sicher fühlte.“

In einem anderen Brief schrieb Bayani: „Oft war bei den Verhören ein Team von Geheimdienstagenten zugegen. Sie unterhielten sich, benutzen dabei unsittliche, schmutzige Begriffe, schilderten ihre sexuellen Phantasien und zwangen mich, ihre Vorstellung weiterzuerzählen. Wenn ich mich bei den Verantwortlichen beklagte, wurden die Verhöre und Folterungen brutaler. Sie warnten mich, das ‚System‘ nicht zu provozieren.“ Tatsächlich wurde Bayani, nachdem sie sich beklagt hatte, wegen übler Nachrede und des Versuchs, das „System“ zu beschmutzen, vor Gericht gestellt. Sie war bereits zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil wurde mit ihren durch Folter erzwungenen Geständnissen begründet.

Mohammadi verwies auf ähnliche Schicksale, die Frauen in den Gefängnissen erlitten haben. „Ich habe immer und immer wieder Frauen sowohl aus Einzelzellen, aus Sammelzellen oder aus den Zellen, in denen normale Delinquentinnen untergebracht waren, über sexuelle Übergriffe und Missbräuche erzählen gehört oder Misshandlungen selbst beobachtet. Wir werden nicht zulassen, dass ihr im Namen des Staates, der Staatsordnung, des Gesetzes oder des Glaubens diesen Umgang mit Frauen fortsetzt“, sagte Mohammadi.

Mohammadi hat noch vor ihrer Entlassung aus dem Gefängnis im Sommer vergangenen Jahres ein Buch mit dem Titel „Weiße Folter“ veröffentlicht, in dem sie die Öffentlichkeit über verschiedene Schicksale von Frauen in den Gefängnissen der Islamischen Republik informierte. (Wir haben bereits im Iran-Report vom November 2020 darüber berichtet.) Sie sagte, sie sei nach ihrer Verhaftung im Juni 2010 beim Verhör mit obszönen Vorwürfen konfrontiert worden. „Er sprach zunächst unvermittelt über Unsicherheiten in der Gesellschaft, sogar an öffentlichen Plätzen wie in Parkanlagen, wo Prostituierte verkehren würden. Schließlich warf er dem Verein zur Verteidigung der Menschenrechte und zum Schluss mir selbst Unmoral und unsittliches Verhalten vor. Ich stand auf und protestierte. Er sagte, allein hierfür bekommst du ein Jahr Gefängnis. Ein anderes Mal wurde mir Zusammenarbeit mit amerikanischen und britischen Geheimdiensten vorgeworfen.“

Statt der Anzeige von Mohammadi gegen den Gefängnisdirektor nachzugehen, forderte die Justiz sie auf, sich wegen des Streiks und der Aufruhr im Gefängnis am 5. Dezember bei der Staatsanwaltschaft zu melden. Sie ließ den Termin verstreichen, ebenso einen zweiten Termin am 27. Februar. Stattdessen forderte sie den Befund des Amtsarztes und die Röntgenaufnahmen, auf denen „die blauen Flecken und Verletzungen auf meinem Hals, den Brüsten bis zu den Schenkeln zu sehen sind – Spuren der Übergriffe der Schergen der Islamischen Republik auf meinem Körper“, sagte sie. „Ich verlange die Herausgabe dieser Dokumente. Ich habe wegen der Lügen, Beleidigungen und Übergriffe der Männer die Fensterscheiben im Büro des Gefängnisdirektors zerbrochen. Ich erkläre hiermit, dass ich die Staatsordnung der Islamischen Republik, ihre Justiz und ihre Gefängnisse nicht akzeptiere.“

## ÜBERWACHUNG UND VERSTÄRKTE UNTERDRÜCKUNG DER BAHAI

Das Büro der Außenbeziehungen der Bahai veröffentlichte am 11. März folgende Pressemitteilung über einen Plan zur Kontrolle der Mitglieder der Bahai-Gemeinde in Iran: Die Bahai-Gemeinde in Deutschland ist entsetzt über den Inhalt einer iranischen Verwaltungsvorschrift, die die örtlichen Behörden in der Stadt Sari in der nördlichen Provinz Mazandaran anweist, „strenge Kontrollen“ der Bahai in der Stadt durchzuführen, indem sie „ihre Aktivitäten überwachen“ und Maßnahmen ergreifen, „Bahai-Schüler zu identifizieren“, um sie „zum Islam zu führen“. Das Schreiben wurde kürzlich von der League for the Defence of Human Rights in Iran (LDDHI) und der International Federation for Human Rights (FIDH) enthüllt.

Diese Maßnahmen spiegelten die zunehmende Verfolgung von Anhängern des Bahai-Glaubens durch die iranische Regierung wider, so LDDHI-Präsident und FIDH-Ehrenpräsident Karim Lahidji. „Im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Iran betrachten die Behörden sie als staatsfeindlichen Akt.“

Die Richtlinie vom 21. September 2020 enthält einen „detaillierten Plan“, der sicherstellen soll, dass die Bahai-Gemeinde „strenger Kontrolle“ unterliegt, einschließlich ihrer „öffentlichen und privaten Treffen“ sowie „ihrer anderen Aktivitäten“. Das Dokument wurde von der Kommission für Ethnien, Sekten und Religionen in Sari herausgegeben, die unter der Schirmherrschaft des Oberen Nationalen Sicherheitsrats Irans arbeitet, einem Gremium, das vom iranischen Präsidenten geleitet wird und für Sicherheitsfragen zuständig ist.

## 18 POLITISCHE GEFANGENE PROTESTIEREN GEGEN ZUSTÄNDE IN DEN GEFÄNGNISSEN

Während einige politische Gefangene sich im Hungerstreik befinden, haben 18 andere im Gefängnis Redschai Schahr in der Stadt Karadsch gegen „Verbannung von Mitgefangenen und neue Beschuldigungen gegen sie“ protestiert. Ihr Protest und der Hungerstreik fanden in den sozialen Medien breite Unterstützung.

In dem Schreiben der 18 Gefangenen wird der Justiz auch vorgeworfen, Gefangene in Einzelhaft zu schicken, sie zu foltern und mit neuen Beschuldigungen zu konfrontieren. „Selbstverständlich werden solche Maßnahmen uns nicht im Geringsten einschüchtern und uns davon abhalten, die Rechte der Insassen zu verteidigen“, heißt es in dem Schreiben. „Sie sind vielmehr ein Zeichen der Furcht des Staates vor unseren Rufen nach Gerechtigkeit und vor der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sackgasse, in die die Staatsführung das Land hineingebracht hat.“

Die seit einigen Monaten steigende Zahl der Verbannungen der politischen Gefangenen in die Provinz hat auch Menschenrechtsorganisationen zu Protesten veranlasst. Derzeit befinden sich 28 Gefangene in der Verbannung. Die Hungerstreikenden veröffentlichten am letzten Tag des persischen Jahres (20. März) eine Erklärung, in der es heißt: „Wir werden aus Protest gegen die Qualen, die wir gemeinsam erleiden und wegen der permanenten Ungerechtigkeit, die wir ertragen, das Jahr 1.400 mit einem Hungerstreik beginnen.“

In der Erklärung sind einige Verstöße gegen die Menschenrechte in den Gefängnissen aufgelistet. Auch sechs weibliche Gefangene im Teheraner Evin-Gefängnis schlossen sich dem Streik an. Der Hungerstreik dauerte drei Tage.

## EINZELHAFT VON TAGHAWI BEEENDET

Die 66-jährige, iranisch-deutsche Staatsbürgerin Nahid Taghawi wurde, laut Angaben ihrer Tochter Mariam Klarin, nach 151 Tagen aus der Einzelhaft entlassen.

Frau Taghawi wurde am 16. Oktober in Teheran verhaftet. Sie lebt in Köln, hält sich jedoch einige Monate im Jahr bei ihren Verwandten in Teheran auf. Die Tochter, die eine Kampagne zur Befreiung ihrer Mutter gestartet hat, fordert immer wieder die Bundesregierung auf, sich für die Freiheit ihrer Mutter einzusetzen. Sie und ihre Angehörigen sind der Meinung, dass die Mutter zur Durchsetzung bestimmter Forderungen an Deutschland „als Geisel“ festgenommen worden sei.

## SOHN DES 1979 GESTÜRZTEN SCHAHS BEKENNT SICH ZUR REPUBLIK

Resa Pahlewi, Sohn des 1979 in Iran gestürzten Schahs, erklärte in einer Videobotschaft vom 8. März, die teilweise in den Medien veröffentlicht wurde, er ziehe eine republikanische Staatsordnung einer Erbmonarchie vor.

Zwar bestehe vielleicht in einigen Kulturen die Meinung, es müsse eine symbolische Institution geben. „Doch ich kann als Demokrat nicht nachvollziehen, dass eine Instanz, selbst wenn sie nur symbolisch sein sollte, erblich sein soll“, sagte Pahlewi. „Wenn sich die Monarchie eines Tages für Iran als notwendig erweisen sollte, wäre es nicht nachvollziehbar, warum das Volk nicht eine geeignete Person zum Monarchen wählen könnte.“

Es war das erste Mal, dass Resa Pahlewi eine Erbmonarchie ablehnte und sich für eine republikanische Staatsform aussprach. Er hatte nach dem Tod seines Vaters 1980 in Kairo den Eid auf die Verfassung der Monarchie in Iran abgelegt. Die Monarchistinnen und Monarchisten bezeichneten ihn als Resa Schah der Zweite. Der erste Resa Schah, sein Großvater, war der Gründer der Pahlewi-Dynastie. Ende der 90er Jahre startete Pahlewi die Kampagne „Heute nur Einheit“, mit dem Ziel, alle Gegner der Islamischen Republik zu einigen. Über die künftige Staatsform nach dem Sturz der Islamischen Republik sollte das Volk entscheiden. Pahlewi lebt seit Jahrzehnten in den USA.

„Wenn wir die Menschenrechte anerkennen, können wir doch nicht einer Familie traditionelle und symbolische Verpflichtungen aufbürden“, sagte Pahlewi. „Wollen wir der Welt zeigen, dass wir ein Volk von Untertanen sind, ein Volk, das eine Autorität braucht? Ich bin nicht bereit, mich unter eine Autorität zu stellen, geschweige denn selbst als Autorität über ein Volk zu stellen. Wir müssen dieser Kultur der Autoritätsgläubigkeit eine Absage erteilen. Solange wir uns wie Schafe verhalten, wird es immer Hirten geben.“

Pahlewi hatte im vergangenen Jahr alle demokratischen Kräfte dazu aufgerufen, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten zur „Überwindung der Islamischen Republik“ und „Rettung Irans“ ein Bündnis zu bilden, das er als „Neues Abkommen“ bezeichnete. Er sagte, er strebe nicht nach Macht. Sein Ziel sei die Gründung einer Staatsordnung, in der die Macht niemals von Einzelnen monopolisiert werde.

### **ARMEE GESTEHT, AN DER NIEDERSCHLAGUNG DER PROTESTE BETEILIGT GEWESEN ZU SEIN**

Die offizielle Website des Revolutionsführers Ali Chamenei veröffentlichte ein Interview mit General Kiumars Heydari, Oberbefehlshaber der Bodenstreitkräfte, in dem der General gesteht, seine Soldaten seien an der Niederschlagung der Proteste beteiligt gewesen. Bisher wurde in den Medien über den Einsatz von Polizei, Revolutionsgarden, Basidsch-Milizen und „Zivilgekleideten“ (Agenten) gesprochen, aber nie über den der Streitkräfte. Es war das erste Mal, dass auch die Beteiligung der Militärs bei der Niederschlagung von Protesten zugegeben wurde.

Der qualitative Unterschied zwischen den Streitkräften vor und nach der Revolution bestehe darin, dass in der Islamischen Republik das Militär die Herrschaft der Geistlichkeit unterstütze, sagte Heydari. „Die Streitkräfte sind immer einsatzbereit und in der Lage, die Macht des Staates zu demonstrieren. Diese ehrenhafte Pflicht konnten sie insbesondere bei den Unruhen im Januar 2019 erfüllen.“ Bei den landesweiten Protesten im Januar 2019 kamen mehrere Hundert Demonstranten ums Leben.

Obwohl damals die Streitkräfte keinen Auftrag gehabt hätten, hätten sie sich zum Einsatz bereit erklärt, sagte der General. „Uns ist gelungen, maßgeblich an der Wiederherstellung der Sicherheit in den Städten beteiligt zu sein. Darüber haben wir dem Revolutionsführer persönlich Bericht erstattet, der uns besondere Anweisungen erteilte.“

„Die Streitkräfte nehmen die Mitglieder nicht einfach auf, sie suchen sie aus“, sagte der General. Nicht jeder könne Offizier werden, nur Auserwählte könnten bei den Streitkräften Karriere machen. „Wir suchen die Leute aus, überprüfen alles. Erst dann werden sie von der Militärakademie aufgenommen. Dort werden sie geschult. Sie lernen die Kultur der islamischen Herrschaft kennen.“

### **VIERTE CORONA-WELLE**

Innenminister Abdolresa Rahmani Fasli berichtete am 14. März, über eine Million Menschen in Iran seien durch die Corona-Epidemie arbeitslos geworden. „Die

wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie waren in den letzten zwölf Monaten besonders hart. Sie führten zu einer zusätzlichen Arbeitslosigkeit von über einer Million im Land“, sagte er. Zudem hätten fast alle Branchen zum Teil erhebliche Einschränkungen hinnehmen müssen.

Die Behörden sind nicht imstande, die Epidemie zu bezwingen; eine vierte Corona-Welle hat das Land bereits erreicht. Die Impfung der Bevölkerung geht schleppend voran, nicht zuletzt wegen bestehender Sanktionen, die den Import von Impfstoffen erschweren.

Bis zum 14. März hatte Iran nur 1,26 Millionen Impfdosen aus Russland, China und Indien eingeführt, was angesichts der über 80 Millionen Einwohner keine Änderung der Lage herbeiführen kann. Die Dosen reichen im besten Fall, um das medizinische Personal zu impfen. Zwar hatten starke Einschränkungen zum Rückgang der Zahl der Infizierten und Toten geführt, aber mit achtzig bis hundert Toten und mehr als 7.000 Neuinfektionen pro Tag lagen die Zahlen viel zu hoch. Von Beginn der Pandemie bis Mitte März wurden in Iran offiziell insgesamt 61.000 Corona-Tote und mehr als 1,7 Millionen Infizierte registriert. Nach Meinung der Experten liegen die tatsächlichen Zahlen weit höher.

Der Mangel an Impfstoff hat Iran dazu veranlasst, zu versuchen, selbst Impfstoffe herzustellen. Laut einer Erklärung des Gesundheitsministeriums am 16. März hat ein dritter Impfstoff eigener Produktion die dritte Phase der klinischen Studien erreicht. Er trägt den Namen Fachra und soll 20.000 Freiwilligen verabreicht werden. Der Impfstoff sei „100-prozentig sicher“, hieß es. Weitere Impfstoffe seien noch in der Phase der Entwicklung. Der Impfstoff Barekat sei am weitesten entwickelt. Er wurde an 300 Menschen getestet.

Eigentlich sollten noch vor Jahresende (21. März) 2,8 Millionen Dosen Vakzin aus dem Ausland geliefert werden, sagte Kianusch Dschahanpur, Sprecher der Organisation Nahrung und Medikamente. Das sei aber nicht geschehen, weil zehn reiche Länder 75 Prozent der Impfstoffe für sich behalten. Daher plane die Regierung, „zwei Drittel“ der benötigten Impfstoffe selbst zu produzieren.

Dschahanpur bestritt das Gerücht, kubanische Impfstoffe seien an Mitarbeitern der städtischen Straßenreinigung getestet worden. Das seien „Gespinnste kranker Hirne“, sagte er. In den Medien war die Rede von 1.000 Angestellten, an denen der Impfstoff getestet wurde.

Am 27. März sagte Präsident Rohani, die Sanktionen würden den Import von Impfstoffen blockieren. „Wir bestellen die Vakzine, bezahlen sie auch, aber vor der Einfuhr wird uns mitgeteilt, dass die Hersteller immer noch Angst vor den US-Sanktionen haben. Dieser Wirtschaftsterrorismus, den Trump gegen uns verhängt hat, dauert an.“ Vermutlich hatte Rohani die 370.000 Dosen aus Indien im Blick, deren Ausfuhr die Staatsanwaltschaft wegen US-Sanktionen blockiert hatte. Am selben Tag trafen 250.000 Dosen des chinesischen Vakzins von Sinofarm in Iran ein.

Ende März wurden in Iran täglich mehr als 10.000 Infizierte gezählt. Das Gesundheitsministerium sprach von der vierten Corona-Welle. Sima Sadat Lari, Sprecherin des Ministeriums, sagte, am 28. März haben sich innerhalb von 24 Stunden 10.250 Menschen infiziert und 91 Menschen seien gestorben. Die vierte Corona-Welle habe die meisten Gebiete im Westen und in der Mitte des Landes erreicht und sei auf dem Weg zum Osten. Es handele sich um die britische Variante des Virus.

---

## KULTUR

---

Chamenei und die Intellektuellen / Erklärung des iranischen Schriftstellerverbands zum Frauentag

---

### CHAMENEI UND DIE INTELLEKTUELLEN

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei erklärte bei einer Rede im staatlichen Fernsehen am 18. März: „Wir haben keine Probleme mit denen, die mit uns keinen Streit haben.“ „Macht und Waffen“ seien gemäß den Lehren des Islam dazu da, um „Feinden Schrecken einzujagen“ oder „aktive Feinde zu bekämpfen“. Die Islamische Republik habe kein Problem mit „Pseudointellektuellen oder Andersdenkenden“. „Euer Denken interessiert uns nicht. Unterlasst eure Feindschaften.“

Der Begriff „Andersdenkende“ wurde in den 90er Jahren aktuell, als während einer kurzen Zeit eine Reihe von Schriftstellern und Intellektuellen ermordet wurde. Man sprach von „Kettenmorden“ gegen Andersdenkende. Die meisten Ermordeten waren Mitglieder des iranischen Schriftstellerverbands.

Andersdenkende werden seit der Gründung der Islamischen Republik als Feinde betrachtet. Zahlreiche Schriftsteller, Künstler, Kulturschaffende, aber auch politische und Menschenrechtaktivisten wurden hingerichtet oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch heute befinden sich viele Andersdenkende in den Gefängnissen.

### ERKLÄRUNG DES IRANISCHEN SCHRIFTSTELLERVERBANDS ZUM FRAUENTAG

Der Verband iranischer Schriftsteller erklärte zum Frauentag am 8. März: „Eine Politik, die Frauen zu ihrer traditionellen Rolle als Hausfrau drängt, Frauen zum Hidschab (islamische Kleidung) zwingt, ihre künstlerischen und literarischen Aktivitäten durch verschärfte Zensur einzuschränken versucht und sie grundsätzlich ungleich behandelt, ist zu verurteilen.“

„Die wichtigste Botschaft des Frauentags ist die Ablehnung der Passivität gegen Ungerechtigkeiten und die Fortsetzung des Kampfes gegen die männerdominierte Politik in der Islamischen Republik. Die Geschichte zeugt davon, dass die Frauenbewegung in Iran und anderen Staaten gegen Unterdrückung und Unrecht immer wieder Widerstand geleistet und nach jeder Unterdrückung ihren Kampf verstärkt hat. Derzeit befinden sich zahlreiche Frauen im Gefängnis, weil sie für die Rechte der Frauen gekämpft, Ungleichheiten beklagt, die Zwangskleidung abgelehnt oder Demonstrationen und öffentliche Feiern zum Frauentag gefordert haben.“

---

## WIRTSCHAFT

---

Atomkonflikt / Überraschendes Treffen in Wien / Chamenei bilanziert Entwicklung der Wirtschaft im vergangenen Jahr / 25-jähriges Kooperationsabkommen mit China unterzeichnet / Wirtschaftsforum zwischen Iran und der EU ohne Sarif und Borrell / Iran exportiert Waren im Wert von mehr als vier Milliarden Dollar nach Afghanistan / Reaktor in Bushehr soll aus finanziellen Gründen teilweise stillgelegt werden

---

### ATOMKONFLIKT

Die iranische Regierung hat das Ziel, noch bevor sie im Juni aus dem Amt scheidet, den Atomkonflikt beizulegen. Doch es gibt mehrere Hürden, die zu überwinden in der noch

verbliebenen Zeit kaum möglich sein wird. Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte am 16. März, die Zeit sei knapp, die USA sollten so rasch wie möglich zum Atomabkommen zurückkehren. Sollte dies nicht vor der Wahl in Iran geschehen, werde es danach erst einmal mindestens sechs Monate dauern, bis die neue iranische Regierung verhandlungsfähig sein werde. „Die Europäer sind an Kompromisse gewöhnt. Iran und die USA nicht“, sagte Sarif weiter. Es sei nun höchste Zeit, sich zu entscheiden, Kompromisse einzugehen oder eigene Wege zu gehen.

US-Präsident Joe Biden hatte bereits vor seiner Wahl erklärt, sein Land werde zum Atomabkommen zurückkehren. Nun sagt er, Voraussetzung dafür sei, dass Iran zu seinen im Abkommen vorgeschriebenen Verpflichtungen zurückkehre. Demgegenüber sagt Iran, die USA, die das Abkommen 2018 verlassen hätten, sollten zunächst die Sanktionen gegen Iran aufheben und zum Abkommen zurückkehren. Dann würde auch Iran sofort seine Pflichten wieder voll erfüllen.

Während die Europäer alles versuchen wollen, um die beiden Kontrahenten, Iran und die USA, an den Verhandlungstisch zu bringen, wollen sowohl die arabischen Staaten und noch mehr Israel eine Vereinbarung mit Iran mit aller Kraft verhindern. Sollten aber Verhandlungen doch zustande kommen, wollen sie unbedingt daran teilnehmen. Der israelische Präsident Reuven Rivlin rief bei einem Besuch in Berlin am 16. März die Europäer dazu auf, sich „entschieden und kompromisslos“ gegen die nukleare Bewaffnung Irans einzusetzen. Iran bedrohe die Stabilität der gesamten Region, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Die Normalisierungen der Beziehungen Israels zu den arabischen Staaten bildeten zwar einen „Hoffnungsschimmer“, indem sie die moderaten Kräfte stärkten. Doch derzeit drohten Iran und seine extremistischen Verbündeten, „diese Stabilität aus dem Gleichgewicht zu bringen“.

Allem Anschein nach versucht Iran, durch rasche Weiterentwicklung seines Atomprogramms die USA unter Druck zu setzen. Die IAEA gab am 17. März bekannt, dass in der Anlage von Natans schnellere Zentrifugen des Typs IR-4 eingesetzt worden seien, was einen weiteren Verstoß gegen das Atomabkommen darstellt. „Nehmt die Sanktionen zurück, dann wird sich der Weg der Diplomatie öffnen“, rief Rohani in Richtung Westen. Die Zeitverzögerungen würden negative Folgen haben. „Manche meinen, sie könnten unter den gegebenen Umständen das Atomabkommen um einiges erweitern. Sie sollten wissen, dass das Abkommen weder erweitert noch eingeschränkt werden kann. Wir werden uns an Verhandlungen über das Abkommen nicht beteiligen.“

Auch die Europäer versuchten, den Druck auf Iran zu verstärken, um das Land zur Teilnahme an Verhandlungen zu zwingen. Am 2. März kündigte Frankreich an, gemeinsam mit Deutschland und Großbritannien dem Gouverneursrat der IAEA eine Resolution gegen Iran wegen Einschränkung der Kontrollen seiner Atomanlagen vorzulegen. Doch zwei Tage später wurde der Entwurf wieder zurückgenommen. Zuvor hatte Iran gewarnt, eine solche Resolution würde negative Auswirkungen haben und die Chance zu einer Einigung zerstören.

Am 19. März erklärte Irans Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf im staatlichen Fernsehen, in der iranischen Führung gebe es keine Dissonanzen. Das Gesetz, das das Parlament zur Weiterentwicklung des Atomprogramms und Einschränkung der Kontrollen durch die Internationale Atombehörde beschlossen habe, sei in Wirklichkeit „ein Instrument, um besser verhandeln zu können“.

Dieses Gesetz werde zur Aufhebung der Sanktionen beitragen und „uns mehr Stärke verleihen“, sagte Ghalibaf. Zwei Tage später meldete sich Revolutionsführer Chamenei zu Wort. Iran werde von seiner Forderung nicht zurückweichen: Erst Aufhebung der Sanktionen, dann Wiederaufnahme der Verpflichtungen. Einen anderen Ausweg gebe es nicht. Auch Veränderungen des Atomabkommens werde Iran nicht akzeptieren. „Ein Idiot

(gemeint ist Ex-Präsident Donald Trump) wollte Iran mit seiner Politik des maximalen Drucks zu diesen Änderungen zwingen“, zitierte ihn dpa am 21. März. Diese Politik sei gescheitert und werde auch dieses Mal scheitern.

Wendy Sherman, designierte Vizeaußenministerin, erklärte im außenpolitischen Ausschuss des US-Senats, die Regierung wolle zum Atomabkommen mit Iran zurückkehren, aber zu einem „längerfristigen und stabileren Abkommen“, und sie wolle das Abkommen nutzen, um über andere Bereiche zu verhandeln. Das Abkommen müsse jede Möglichkeit Irans ausschließen, Nuklearwaffen herzustellen. Das Abkommen sei 2015 geschlossen worden. Seitdem habe sich die geopolitische Lage in der Region geändert. Dementsprechend müsse sich auch das Abkommen ändern. Sie betonte, die US-Regierung werde sich mit Israel und den arabischen Staaten absprechen.

## ÜBERRASCHENDEN TREFFEN IN WIEN

Ganz überraschend kam am 6. April ein Treffen in Wien zustande, das neue Hoffnungen in eine Beilegung des Atomkonfliktes weckte. Die Vertreter der verbliebenen Mitglieder des Abkommens, Chinas, Russlands, Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs trafen in der österreichischen Hauptstadt mit dem Ziel zusammen, das Atomabkommen zu retten. Auch die USA, die 2018 ihre Mitgliedschaft gekündigt hatten, nahmen an den Gesprächen teil, wenn auch nicht direkt. Ihre Delegation, geführt von dem Iran-Beauftragten der US-Regierung, Robert Malley, saß in einem anderen Gebäude, weil die Iraner sich weigerten, direkt mit Washington zu verhandeln. Revolutionsführer Ali Chamenei hatte Verhandlungen mit den USA untersagt. Der Delegation wurden die wichtigsten Informationen aus den Verhandlungen übermittelt.

Im Vorfeld des Treffens äußerte sich der iranische Regierungssprecher Ali Rabii mit Blick auf eine Äußerung Malleys positiv über die Haltung der US-Delegation. Sie sei „realistisch und vielversprechend“, sagte er. Malley hatte erklärt, es sei selbstverständlich, dass die USA im Falle ihrer Rückkehr zum Abkommen die Sanktionen gegen Iran aufheben müssten, die im Widerspruch zum Abkommen stehen. Zugleich erklärte Ned Price, Sprecher des US-Außenministeriums, das Weiße Haus erwarte keine rasche Lösung. „Wir unterschätzen das Ausmaß der bevorstehenden Herausforderungen nicht“, sagte er. Das Treffen sei ein erster „Schritt in Richtung Diplomatie“.

Aus Teheran kamen widersprüchliche Stellungnahmen. Der Chef der iranischen Atomorganisation, Ali Akbar Salehi, sagte: „Wir sind dabei, aus der Sackgasse herauszukommen. Demgegenüber sagte Vizeaußenminister Abbas Araghchi, der die iranische Delegation in Wien führt: „Wir werden in Wien weder direkt noch indirekt mit den USA sprechen. Wir werden nur mit den 4+1 (Mitglieder des Abkommens) rein technische Gespräche über eine Rückkehr der USA zum Deal führen.“

Russlands ständiger Botschafter bei der Internationalen Atombehörde, Michael Uljanow, bezeichnete das erste Treffen als „positiv“, fügte jedoch hinzu, die Wiederbelebung des Atomabkommens werde nicht so rasch erreicht werden. Es handele sich um eine langwierige Angelegenheit. Auch Enrique Mora, der die EU vertritt, bezeichnete den ersten Tag des Treffens als konstruktiv. Alle Seiten seien motiviert, diplomatische Lösungen zu finden.

Das Ergebnis des ersten Tags war die Bildung von zwei Arbeitskreisen. Ein Arbeitskreis soll über die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran Vorschläge ausarbeiten, der zweite über die Rückkehr der USA zum Abkommen.

In Iran haben manche Politiker aus dem Kreis der Konservativen und Ultras, wie Justizchef Ebrahim Raisi, das Treffen in Wien kritisiert. Die Tageszeitung Watan-e Emruz schrieb, die Eile, die die Regierung an den Tag lege, werde den Druck auf die USA wegnehmen.

## CHAMENEI BILANZIERT ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IM VERGANGENEN JAHR

Revolutionsführer Ali Chamenei sagte am 20. März, dem letzten Tag des iranischen Jahres, in einer Fernsehansprache, die Entwicklung der Wirtschaft sei im vergangenen Jahr „akzeptabel“ gewesen, sie habe jedoch nicht den Erwartungen entsprochen. Mit Hinweis auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie auf den „maximalen Druck“ der USA, lobte er den „wirtschaftlichen Widerstand“, der zu einer klaren Niederlage der Politik des maximalen Drucks geführt habe.

Er erwähnte auch die bevorstehenden Wahlen im Juni dieses Jahres und kündigte an, er werde sich in Bälde ausführlich dazu äußern.

Chamenei hatte zu Beginn des Jahres die Parole „Sprung der Produktion“ ausgegeben. Nun sagte er, dieser Sprung sei „teilweise“ erfolgt, „soweit wie akzeptabel“. Einen Aufschwung habe es lediglich in einigen Bereichen gegeben, vor allem in der Infrastruktur. Daher sei er in der Gesamtwirtschaft und im Haushalt der Familien nicht spürbar gewesen.

Die Behauptung Chameneis widerspricht den Angaben der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Demnach ist das Bruttosozialprodukt in Iran in den ersten neun Monaten des iranischen Jahres gesunken. Somit wird das vergangene Jahr (1399) das dritte Jahr sein, in dem Iran einen Rückgang der Wirtschaft zu verzeichnen hat. Ohne auf den miserablen Zustand der Wirtschaft und die Wirkung der Corona-Pandemie und der US-Sanktionen einzugehen, sagte Chamenei, der Handel und der Schmuggel mit ausländischen Waren sei darauf zurückzuführen, dass die Produktion im Inland nicht genügend gewachsen sei.

Auch Präsident Hassan Rohani äußerte in seiner Neujahrsbotschaft die Hoffnung, es werde im neuen Jahr genügend Impfstoff geben, um die Corona-Epidemie besiegen zu können. Das neue Jahr werde auch das Ende der Sanktionen bringen, sagte der Präsident. „Wir haben schon einmal die Sanktionen besiegt und werden sie in diesem Jahr wieder besiegen. Um wirtschaftliche Stabilität zu erreichen und die Inflation zu bekämpfen, brauchen wir eine konstruktive Kooperation mit der ganzen Welt.“

„Iran kann sich den regionalen und internationalen Handelsbündnissen anschließen. Iran kann internationale Investoren anziehen und zum interessantesten Ort für die Blüte von Wissen und Kapital werden.“ Die Realisierung dieser Ziele sei nun möglich, wenn ein großer Teil der Bevölkerung an den Wahlen teilnehme, sagte Rohani, dessen Amtszeit im Juni zu Ende geht. „Die Demokratie ist ein nationales Kapital, das fernab von Resignationen oder Ängsten und ungeachtet unserer Meinungsverschiedenheiten strategisch behütet werden muss.“

## 25-JÄHRIGES KOOPERATIONSABKOMMEN MIT CHINA UNTERZEICHNET

Chinas und Irans Außenminister, Wang Yi und Mohammad Dschawad Sarif, unterzeichneten am 27. März in Teheran ein 25-jähriges Kooperationsabkommen. China könne nun mit der angekündigten Investition in Höhe von 400 Milliarden Dollar beginnen, hieß es aus Teheran.

Wang Yi war auf Einladung Sarifs nach Teheran gekommen, traf sich jedoch zuerst mit Präsident Hassan Rohani und dem früheren Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, derzeit Berater des Revolutionsführers, der das Abkommen eingefädelt und die langjährigen Verhandlungen mit China geführt hat. Laridschani und Wang Yi betonten, das Abkommen leite eine langfristige, vielseitige, strategische Zusammenarbeit ein.

„Wir wollen China als einen großen Handelspartner Irans“, sagte auch Rohani beim Treffen mit Wang. Das Abkommen sei ein wichtiges, strategisches Projekt zur Entwicklung Irans. Zudem sichere es Stabilität und Frieden in der Region. Auch Außenamtssprecher Said Chatibsadeh bezeichnete das Abkommen als „sehr effektiv“, es werde zur Vertiefung der chinesisch-iranischen Beziehungen beitragen.

Einzelheiten des Abkommens sind nicht bekannt. Nach Darstellung der Regierung soll es alle Bereiche der Wirtschaft umfassen. Auch kulturelle und sogar militärische Projekte seien Teil des Abkommens. China soll im Gegenzug Öl zu günstigen Preisen bekommen. Zustand gekommen ist das Abkommen nach fünfjährigen Verhandlungen. Als im Sommer vergangenen Jahres die Öffentlichkeit davon erfuhr, gab es viel Kritik. Der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad warf der Regierung vor, ein so wichtiges Abkommen geheim zu halten. Das iranische Volk werde dieses Abkommen niemals akzeptieren, sagte er. Auch im Parlament kam es zu heftigen Auseinandersetzungen.

In den sozialen Netzwerken löste nun das Abkommen einen Sturm der Entrüstung aus. Die User warfen der Staatsführung „Verrat“ und Ausverkauf des Landes vor. Iran werde zu einer Kolonie Chinas, hieß es. Manche Userinnen und User äußerten die Sorge, Iran werde durch diese eindeutige Ausrichtung auf China isoliert werden. Manche wiesen auf negative Erfahrungen hin, die andere Staaten mit China gemacht haben. Die größte Entrüstung wurde durch die Geheimhaltung des Abkommens hervorgerufen. Welche Gründe gebe es, um Einzelheiten des Abkommens geheim zu halten, fragten viele.

Dazu sagte Regierungssprecher Ali Rabii, mit der Veröffentlichung habe Iran kein Problem, doch China habe Bedenken und lehne eine Veröffentlichung ab. Es sei eine psychologische Kampagne gegen das Abkommen im Gange, deren Initiatoren gerade aus jenen Personen bestehen würden, die früher vor fremden Mächten kapituliert hätten (Monarchisten).

Andere Politiker meinten, es bestehe keine Notwendigkeit, das Abkommen zu veröffentlichen, was sie unter anderem mit dem Hinweis auf bestehende Sanktionen begründeten.

US-Präsident Joe Biden zeigte sich besorgt. Auf die Frage eines Journalisten, was er von dem Abkommen halte, sagte er: „Das macht mir schon seit Jahren Sorge.“ Dazu sagte der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Irans: „Biden ist mit Recht besorgt. Die Entfaltung der strategischen Zusammenarbeit im Osten wird den Niedergang der USA beschleunigen.“ Die Welt bestehe nicht aus dem Westen und der Westen bestehe nicht allein aus den USA, die ihr Wort brechen, und nicht aus den drei europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien), die ihre Versprechen nicht einhalten.

Indes wurde bekannt, dass Iran auch ein langfristiges Abkommen mit Russland plant. „Wir wollen auch mit Russland ein ähnliches Abkommen wie mit China, das praktisch als eine Roadmap langfristig eine bindende wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht“, sagte Mortesa Solnuri, Leiter des außenpolitischen Ausschusses im iranischen Parlament, laut dpa vom 29. März. Abgesehen davon ermöglichten solche Abkommen eine Umgehung der amerikanischen und europäischen Sanktionen.

Offenbar haben die Politik des „maximalen Drucks“ und die daraus resultierende Isolierung Irans dem Land keinen anderen Ausweg gelassen, als sich in die Abhängigkeit von China und Russland zu begeben. „Weg vom Westen, hin zum Osten“ ist die Strategie, die schon seit einigen Jahren der Führung in Iran, allen voran Revolutionsführer Chamenei, vorschwebt. Diese Wendung wird nicht nur für Iran, sondern für die Machtverhältnisse in der gesamten Region weitreichende Folgen haben.

## WIRTSCHAFTSFORUM ZWISCHEN IRAN UND DER EU OHNE SARIF UND BORRELL

Das Wirtschaftsforum zwischen der EU und Iran sollte vor zwei Monaten unter der Leitung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und des iranischen Außenministers Mohammad Dschawad Sarif stattfinden, wurde jedoch wegen der Hinrichtung des iranischen Journalisten Sam und den darauffolgenden Protesten der EU-Staaten vertagt.

Das Treffen zwischen dem 1. und 3. März fand online statt. Auch gegen dieses Treffen gab es in den sozialen Netzwerken Proteste. Nach Meinung der Kritiker sollte angesichts der eklatanten Verstöße Irans gegen die Menschenrechte jede Aktivität, die zur Aufwertung des Regimes in Teheran dienen könnte, unterlassen werden.

Das Forum, an dem auch einige private Unternehmen teilnahmen, schränkte das ursprüngliche Programm ein. Es stand auch im Schatten des Urteils gegen den iranischen Diplomaten Assadollah Assadi, der von einem Gericht im belgischen Antwerpen zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war (s. Seite 17 und den Iran-Report vom März 2021), was einige Abgeordnete des Europaparlaments dazu veranlasste, eine Überprüfung der Beziehungen zwischen der EU und Iran zu fordern.

Geplant wurde der Gipfel nach dem Sieg Joe Bidens bei den Präsidentschaftswahlen in den USA. Sowohl Iran als auch die EU hofften, der neue Präsident werde rasch die Rückkehr der USA zum Atomabkommen anordnen und die Sanktionen gegen Iran aufheben. Das würde zur Neubelebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Iran führen. Doch es stellte sich bald heraus, dass diese Erwartung, zumindest kurzfristig, nicht erfüllt werden konnte.

Hinzu kam, dass Iran inzwischen mehrfach gegen das Atomabkommen verstoßen hatte, was ihm sowohl die Kritik der Internationalen Atombehörde als auch die der EU einbrachte. Die Folge war eine immer größere Annäherung der EU an die Position Washingtons.

Mit Blick auf diese Umstände konnte das Forum kaum konkrete Vorschläge machen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und den EU-Staaten sind durch die US-Sanktionen gegen Iran stark eingeschränkt worden. Kaum ein Unternehmen wagt noch mit Iran Geschäfte zu machen. Der Handel der EU mit Iran ist seit 2018 um mehr als 70 Prozent zurückgegangen.

## IRAN EXPORTIERT WAREN IM WERT VON MEHR ALS VIER MILLIARDEN DOLLAR NACH AFGHANISTAN

Nach offiziellen Angaben liegt der Wert iranischer Exportgüter nach Afghanistan bei mehr als vier Milliarden Dollar. Demgegenüber liegt der Wert afghanischer Exportwaren nach Iran bei 40 bis 50 Millionen Dollar.

Am 9. März wurde auf einer Online-Tagung der iranisch-afghanischen Handelskammer über die Weiterentwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten diskutiert. Die iranischen Vertreter erklärten, die Geschmäcker der Afghanen und der Iraner seien ähnlich. Das erleichtere die Handelsbeziehungen zwischen den Nachbarstaaten. Die Angaben über den Handel beider Staaten sind unterschiedlich. Was aber feststeht, ist, dass Iran unter den Staaten, die Waren nach Afghanistan exportieren, an erster Stelle steht.

Auf der Tagung lobte Ahmad Said Asimian, Vizechef der Handelskammer im afghanischen Herat, den Einsatz iranischer Kräfte bei der Löschung des Zollamts in Islam Ghaleh. Dieser Einsatz zeige die Stabilität der Beziehungen der Nachbarstaaten Iran und Afghanistan, sagte er.

Die iranische Handelskammer zitierte auf ihrer Website den Vorsitzenden der gemeinsamen Handelskammer Irans und Afghanistans, Seid Hossein Salimi, der erklärt hatte, man könne mehrere Industriezweige Afghanistans gemeinsam reaktivieren. Er verwies auf den Fleischimport aus Brasilien und Australien und sagte, das importierte Fleisch schmecke Iranern und Afghanen nicht, weil die Rasse brasilianischer und australischer Tiere anders sei als die iranische und afghanische. „Wir können die Viehzucht in Afghanistan weiterentwickeln, das Fleisch importieren, was die Kaufkraft der Afghanen erhöhen und unsere Exporte steigern würde.“

Laut Salimi exportiert Iran vor allem Schuhe, maschinell hergestellte Teppiche, Lederprodukte und Nahrungsmittel nach Afghanistan. „Unser größtes Problem beim Handel mit Afghanistan ist der Austausch zwischen den Banken. Solange der Geldtransfer nicht möglich ist, müssen wir uns mit Warenaustausch begnügen. Das ist die einzige Lösung, die, wie wir hoffen, vorübergehend sein wird“, sagte Salimi. „Auch die Afghanen haben Probleme mit der Einreiseerlaubnis, dem Mangel an Devisen und der Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung für Iran. Diese Probleme müssen wir so rasch wie möglich lösen.“

Weiter sagte Salimi, „Pakistan, China und die Türkei versuchen auch in Afghanistan Fuß zu fassen und mit uns zu konkurrieren. Wenn wir unsere Position nicht stärken, werden wir bald den Markt in Afghanistan verlieren.“

Auch Farsad Mehrani, Leiter der Kammern und Räte, erwähnte die Konkurrenten, meinte jedoch, sie seien weniger aktiv, „während wir in der Lage sind, mehr Waren und Dienstleistungen nach Afghanistan zu exportieren.“

Laut der staatlichen Agentur Irna erklärte Abbas Chaleghitabar, der Leiter der Organisation für Entwicklung des Handels Irans, dass 6,7 Prozent des iranischen Exports, abzüglich des Erdölexports, nach Afghanistan gingen.

Laut dem afghanischen Amt für Statistik importierte Afghanistan in den letzten 12 Monaten Waren im Wert von 8,3 Milliarden Dollar. Unter den Exportländern stehe Iran an erster Stelle, gefolgt von China, Pakistan, Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan.

### **REAKTOR IN BUSHEHR SOLL AUS FINANZIELLEN GRÜNDEN TEILWEISE STILLGELEGT WERDEN**

Der stellvertretende Leiter der iranischen Atomorganisation, Mahmud Dschafari, erklärte laut der Agentur Isna am 29. März: „Wegen Sanktionen haben wir Probleme mit Banküberweisungen, und falls keine Lösung gefunden wird, werden wir sogar gezwungen sein, die Arbeit im ersten Block des AKK Bushehr zu stoppen.“ Der Reaktor in Bushehr ist das einzige Atomkraftwerk, das Iran besitzt. Das Kraftwerk habe in letzter Zeit mit Geldtransfer, der Wartung und der Beschaffung von Ersatzteilen und Brennstoff große Probleme gehabt, sagte er.

Der Brennstoff des Reaktors kommt aus Russland. Russland, das den Reaktor mitgebaut hat, liefert auch die Ersatzteile. Der Reaktor wurde nach jahrelangen Verzögerungen 2011 fertiggebaut und konnte zwei Jahre später in Betrieb genommen werden. Seitdem produziert er jährlich 1.000 Megawatt Strom. Laut Angaben von Dschafari deckt das Kraftwerk zwei bis zweieinhalb Prozent des Strombedarfs des Landes.

---

## AUSSENPOLITIK

---

Zähes Ringen zwischen Iran und den USA / Konflikt zwischen Israel und Iran verschärft sich / Ministerrat Saudi-Arabiens fordert Kampf gegen Irans „bedrohende Aktivitäten“ / Verbalattacken zwischen Iran und der Türkei / Der zu 20 Jahren Gefängnis verurteilte iranische Diplomat geht in Berufung / Zaghari nach fünfjähriger Gefängnisstrafe erneut vor Gericht / Australische Gefangene in Iran sollte für Agententätigkeit angeworben werden / Franzose wegen „Spionagetätigkeit“ vor Gericht / Ausgetauschter Gefangener wird verdächtigt, iranischer Agent zu sein

---

### ZÄHES RINGEN ZWISCHEN IRAN UND DEN USA

Am 26. Februar griffen die USA „mehrere Einrichtungen“ an einem Grenzübergang zum Irak im Osten Syriens an. Dabei wurden laut der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mindestens 22 Anhänger proiranischer Milizen getötet. Dies sei eine „verhältnismäßige Vergeltung“ der jüngsten Angriffe gegen US-Soldaten und deren internationale Partner in Irak, hieß es aus dem US-Verteidigungsministerium. Eine Woche zuvor war bei einem Raketenangriff auf die nordirakische Stadt Erbil ein ziviler Auftragnehmer getötet worden. „Ihr könnt nicht straflos handeln“, sagte Biden am 27. Februar: „Passt auf!“

Das war die erste Militäraktion der USA unter dem neuen Präsidenten Joe Biden. Iran warf der US-Regierung vor, mit solchen Aktionen den Terrorismus zu fördern. Der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Ali Schamchani sagte: „Der Angriff auf die Antiterror-Widerstandskräfte ist der Beginn einer neuen Runde des organisierten Terrorismus.“

Am 3. März, zwei Tage vor dem Papst-Besuch in Irak, wurde bei einem Raketenangriff auf einen Militärstützpunkt im Westen des Landes, der auch von den USA benutzt wird, ein ziviler Militärmitarbeiter getötet. Am 6. März verlängerte US-Präsident Joe Biden den nationalen Ausnahmezustand in Bezug auf Iran, der vor 26 Jahren vom damaligen Präsidenten Bill Clinton angeordnet worden war. Er begründete die Verlängerung mit der „Fortsetzung der Politik und Aktivitäten Irans“, die nach wie vor eine Bedrohung gegen die nationale Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten darstellen würden.

Am 9. März verhängte die Regierung Biden erste Sanktionen gegen Iran. Gegen zwei Mitglieder der Revolutionsgarden wurde wegen Verstoßes gegen die Menschenrechte und Misshandlung von Gefangenen ein Reiseverbot verhängt. Irans Revolutionsführer Ali Chamenei warf zwei Tage später den USA Doppelmoral vor. „Einerseits sprechen die Amerikaner andauernd von Menschenrechten, aber gleichzeitig unterstützen sie einen Schuldigen, der seinen politischen Gegner mit einer Säge zerstückelt hat, sagte er am 9. März mit Blick auf die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi auf Befehl des saudischen Kronprinzen Mohammad bin Salman. Das sei nur ein Beispiel für die Doppelmoral der US-Regierung.

Das Teheraner Außenministerium bestätigte ein Schreiben, das Außenminister Sarif am 12. März an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell geschrieben hatte. Darin habe der Minister sich kritisch über die US-Regierung geäußert. Das Schreiben enthalte keinerlei Vorschläge zur Aufhebung der Sanktionen, sagte der Sprecher des Ministeriums, Said Chatibsadeh. Das Schreiben wurde nicht veröffentlicht. Doch wie aus den Medien verlautete, kritisierte Sarif darin, dass Joe Bidens Politik jeden Versuch zur Lösung des Konflikts blockiere.

Am 12. März unterzeichneten 70 demokratische und 70 republikanische Mitglieder des US-Repräsentantenhauses ein Schreiben an Außenminister Antony Blinken, in dem sie, ohne das Atomabkommen von 2015 abzulehnen, ein umfassendes Abkommen mit Iran forderten, das neben dem iranischen Atomprogramm auch das iranische Raketenprogramm sowie die Aktivitäten Irans in der Region behandeln sollte. Die USA und ihre Verbündeten sollten mit demokratischen und diplomatischen Methoden Iran dazu bewegen, seine internationalen Verpflichtungen wahrzunehmen.

### KONFLIKT ZWISCHEN ISRAEL UND IRAN VERSCHÄRFT SICH

Israel kommt seinem Ziel, gemeinsam mit arabischen Staaten eine Front gegen Iran aufzubauen, immer näher. Am 25. Februar forderten Israel und Bahrain gemeinsam, die Staaten der Region müssten an Verhandlungen zu einem möglichen neuen Atomabkommen mit Iran teilnehmen. Diese Forderung sowie andere Fragen, die die Region betreffen, wurden in einem Telefongespräch zwischen dem bahrainischen Kronprinzen Salam bin Hamad Al Chalifa, der auch Ministerpräsident seines Landes ist, und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu erörtert.

Am 1. März machte Netanjahu Iran für die Explosion auf einem Frachtschiff einer israelischen Firma im Golf von Oman verantwortlich. Die Explosion hatte sich am 26. Februar ereignet. Auch Israels Verteidigungsminister Benny Gantz erklärte, Iran suche Angriffsziele, um Israels Infrastruktur und Israels Bürger zu vernichten. Der Standort des Schiffes, das sich in der Nähe von Iran befand, lasse vermuten, dass Iran hinter der Explosion stecke. Allerdings müsse man weitere Untersuchungen durchführen.

Das mit Fahrzeugen beladene Schiff hatte am 24. Februar Saudi-Arabien verlassen und sollte eine Woche später Singapur erreichen. Die Explosion ereignete sich zwischen 25. und 26. Februar. Personen waren nicht betroffen. Der Besitzer des Schiffes sagte, die Löcher am Rumpf des Schiffes seien etwa 1,5 Meter tief. Es sei noch nicht klar, ob diese durch Raketen verursacht worden seien oder durch Minen.

Iran wies den Vorwurf entschieden zurück. „Wir werden nicht zulassen, dass die Zionisten (Israel) mit solchen grundlosen Unterstellungen Unruhe und Panik in der Region auslösen“, sagte Außenamtssprecher Said Chatibsadeh. Die ultrakonservative Tageszeitung Kayhan, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt, schrieb: „Israel hat die gebührende Antwort auf die Angriffe auf Syrien und Irak im Meer von Oman bekommen.“ Das Schiff habe den Anschein erweckt, es gehöre der britischen Marine. Es habe die Flagge eines anderen Staates geführt und sei als ein normales Lasttransportschiff getarnt gewesen. „Das zeigt, wie sauber und professionell die Aktion (der Anschlag) durchgeführt wurde“, schrieb Kayhan. Der Angriff habe noch einmal klargemacht, dass der Persische Golf unter der Kontrolle der Kräfte des Widerstands stehe.

Die staatliche Agentur Syriens Sana berichtete am 28. Februar, die syrische Abwehr habe mehrere Raketen Israels in der Nähe von Damaskus abgefangen.

Am 3. März machte Israels Umweltministerin Gila Gamliel Iran für die Ölkatastrophe an der Küste ihres Landes verantwortlich. Die Behörden hätten zwei Wochen lang Untersuchungen durchgeführt und das Schiff, aus dem eine große Menge Öl ausgelaufen war, ausfindig gemacht, schrieb sie auf Twitter. Der Vorfall sei nicht nur „ein Verbrechen gegen die Umwelt, sondern ein Akt des Terrors“.

Israelische Behörden sprachen von der größten Umweltkatastrophe in den letzten Jahren. Das Schiff soll nach israelischer Darstellung seine Kommunikationssysteme beim Eintreffen im östlichen Mittelmeer ausgeschaltet haben, bevor es das Öl auslaufen ließ. Auch Libanon war von der Katastrophe betroffen.

Laut der Neuen Zürcher Zeitung vom 5. März äußerten sowohl das Verteidigungsministerium als auch der Auslandsgeheimdienst Mossad Zweifel an der Darstellung der Umweltministerin. Bis dahin gebe es keine Beweise, aus denen hervorgehe, dass das Öl mit Absicht ins Meer geleitet worden sei. Die Zeitung zitiert den ehemaligen Kommandanten der israelischen U-Boot-Flotte Ori Disatnik, der sagte, wenn es Absicht gewesen wäre, wäre die gesamte Ladung ins Meer gekippt worden und nicht nur etwa ein Prozent davon. Kritiker warfen der Umweltministerin vor, die Katastrophe für den Wahlkampf am 23. März instrumentalisiert zu haben.

Indes drohte Israel mit militärischen Schlägen gegen iranische Stützpunkte. Verteidigungsminister Gantz sagte in einem Interview mit dem US-Sender Fox News, sollte Iran ernsthaft nach einer nuklearen Bewaffnung streben, werde Israel iranische Ziele angreifen. Die Pläne dazu seien in Arbeit, „aber wir haben sie natürlich in unseren Händen“, sagte der Minister. Er zeigte eine Karte von Libanon, auf der Stützpunkte von Milizen, die von Iran unterstützt würden, eingezeichnet waren. „Das ist eine Zielkarte. Alle Ziele sind rechtlich, operativ, nachrichtendienstlich überprüft und wir sind bereit zum Kampf“, zitierte dpa den Minister in einer Meldung vom 5. März. „Die iranische nukleare Eskalation muss blockiert werden. Wenn nicht, müssen wir unabhängig stehen und wir müssen uns selbst verteidigen“, fügte der Minister hinzu.

Ob Israel im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Iran mit der Unterstützung der USA rechnen kann, bleibt eine offene Frage. US-Vizepräsidentin Kamala Harris führte laut Medien am 5. März ein Telefongespräch mit Netanjahu, wobei auch über das iranische Atomprogramm gesprochen wurde. Laut Mitteilung des Weißen Hauses versicherte Harris, die USA würden Israels Sicherheit bedingungslos verteidigen. Beide Seiten vereinbarten den Austausch von Informationen über den Nahen Osten, darunter auch über das iranische Atomprogramm.

Es war der erste Kontakt, den Harris nach der Amtsübernahme Joe Bidens zu Israel aufnahm. Das Gespräch erfolgte, nachdem die Europäer darauf verzichtet hatten, im Gouverneursrat der Internationalen Atombehörde (IAEA) eine Resolution zu den Verstößen Irans gegen das Atomabkommen vorzulegen. Die USA hatten die Entscheidung begrüßt und erklärt, dieser Schritt gebe Iran die Gelegenheit für eine konstruktive Kooperation. Das Büro von Netanjahu teilte mit, der Ministerpräsident habe Harris gegenüber erklärt, Israel werde mit aller Kraft verhindern, dass Iran in den Besitz von Nuklearwaffen gelange, „Waffen, die gebaut werden, um uns zu vernichten“. Über das Verhältnis zwischen der Regierung von Joe Biden und der israelischen Regierung wird viel spekuliert. Unter Präsident Barack Obama war das Verhältnis zwischen den beiden Regierungen so schlecht wie noch nie. Biden war damals Vizepräsident. Obamas Nachfolger Donald Trump unterstützte die Politik und Strategie Israels schrankenlos.

Joe Biden hatte erst vier Wochen nach seiner Amtsübernahme mit Netanjahu ein Telefongespräch geführt, und zwar nachdem die USA sich bereit erklärt hatten, an einem Treffen mit Vertretern Irans teilzunehmen. Diese Vorgänge deuten darauf hin, dass Joe Biden nicht gewillt ist, die Israelpolitik Trumps fortzusetzen.

Indes erklärte Irans Verteidigungsminister Amir Hatami am 7. März, Iran habe Pläne, Haifa und Tel Aviv „dem Erdboden gleichzumachen“, sollte Israel es wagen, Iran anzugreifen. Diese Drohung, die in den Vorjahren ausgesprochen worden sei, sei nun in konkrete Pläne umgesetzt worden. Auch General Esmail Ghaani, Oberkommandierender der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarden für Auslandseinsätze, sagte laut der Agentur Tasnim vom 17. März, Israel habe eine Mauer um sich gebaut. „Es kann sicher sein, dass wir eines Tages diese Mauer herunterreißen werden.“

## MINISTERRAT SAUDI-ARABIENS FORDERT KAMPF GEGEN IRANS „BEDROHENDE AKTIVITÄTEN“

Der Ministerrat Saudi-Arabiens forderte auf seiner Versammlung am 10. März die Staatengemeinschaft auf, gegen die Aktivitäten Irans vorzugehen, die eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen würden. Die Versammlung wurde von König Salman geleitet. Der Rat diskutierte über Möglichkeiten, der Einmischung Irans in innere Angelegenheiten arabischer Staaten Einhalt zu gebieten. Zudem verurteilte er die „provokativen“ Äußerungen der iranischen Führung gegen arabische Staaten.

Gesprochen wurde auch über die jüngsten Angriffe der jemenitischen Huthis gegen saudische Einrichtungen. Dabei wurde auf das Schreiben des saudischen Vertreters bei der UNO an den Weltsicherheitsrat verwiesen. Darin heißt es, die Weltgemeinschaft habe die Pflicht, gegen die „terroristischen Aktivitäten der Huthi-Rebellen“ vorzugehen, die vom iranischen Regime unterstützt würden.

Die Huthis, die sich offiziell „Ansar Allah“ (Helfer Gottes) nennen, sind eine paramilitärische Gruppe, die nach dem sogenannten Arabischen Frühling und dem Sturz des Präsidenten Abdullah Saleh, in Jemen eine Schlüsselrolle übernahmen.

Saudi-Arabien behauptet, dass die Raketen, mit denen die Huthis saudische Ziele angreifen, aus Iran stammen. Iran bestreitet dies, gibt jedoch zu, die Huthis „politisch“ und „humanitär“ zu unterstützen. Seit Anfang März haben die Raketenangriffe der Huthis auf Saudi-Arabien stark zugenommen. Zehn Tage vor der Sitzung des Ministerrats hatten die Huthis die Verantwortung für die Angriffe übernommen. Dabei erklärten sie, dass sich unter den Raketen auch eine ballistische Rakete mit dem Namen Zolfaghar befunden habe.

Die Zolfaghar-Rakete ist eine Rakete, die in Iran gebaut wird. Es ist noch nicht klar, ob die von den Huthis abgeschossene Rakete tatsächlich aus Iran stammt oder es sich um eine von den Huthis gebaute Rakete handelt, die den gleichen Namen trägt wie die iranische Rakete.

Die neue US-Regierung unter Joe Biden hat nach ihrer Amtsübernahme die Huthis aus der Liste terroristischer Organisationen herausgestrichen und die Sanktionen gegen sie aufgehoben. Allerdings wurden in den letzten Tagen wegen der Zunahme der Angriffe gegen einzelne Personen erneut Sanktionen verhängt.

Zwischen Iran und Saudi-Arabien bestehen seit fünf Jahren keine diplomatischen Beziehungen. Riad hatte die Beziehungen, nachdem die saudische Botschaft in Teheran und das saudische Konsulat in Maschad von iranischen Basidsch-Milizen gestürmt wurden, zu Teheran abgebrochen.

Seitdem beschuldigt Saudi-Arabien Iran, sich in innere Angelegenheiten arabischer Staaten einzumischen und durch Unterstützung „terroristischer Organisationen“ die Stabilität der Region zu gefährden. Demgegenüber bezeichnet Iran die Saudis als „reaktionär“ und wirft dem Land vor, die amerikanischen Sanktionen gegen Iran zu unterstützen.

Der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif erklärte kürzlich, sein Land sei bereit, die Konflikte mit Riad beizulegen und die diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien wieder aufzunehmen. Doch die Saudis fordern eine grundsätzliche Änderung der iranischen Außenpolitik. Iran solle seine Aktivitäten in der Region, die ein Einmischen in Angelegenheiten arabischer Staaten zur Folge haben, völlig einstellen.

## VERBALATTACKEN ZWISCHEN IRAN UND DER TÜRKEI

Die Botschafter Irans in der Türkei und der Türkei in Iran wurden am 28. Februar jeweils vom Außenministerium des Gastlandes einbestellt. Es ging dabei um Unstimmigkeiten, die mit einer Stellungnahme des iranischen Botschafters in Bagdad begonnen hatten. Der Botschafter, Iraj Masdschedi, hatte in einem Interview mit dem kurdischen Sender Rudaw die militärischen Aktivitäten der Türkei in Irak und damit die Verletzung der Souveränität des Landes kritisiert. Darauf reagierte der türkische Botschafter in Bagdad mit einem Tweet, in dem es hieß, der iranische Botschafter sollte der Letzte sein, der sich über die nationale Souveränität Iraks äußern dürfe.

Eine Woche zuvor hatte die regierungsnahen Tageszeitung Hürriyet den türkischen Innenminister mit den Worten zitiert, Iran unterstütze die türkische Arbeiterpartei PKK. Mehr als 500 Mitglieder dieser Organisation würden sich in Iran aufhalten. Die Türkei hatte im vergangenen Monat Gebiete im Norden Iraks bombardiert. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte die „Terroristen in der Region“ gewarnt. Die Türkei werde ihre Aktivitäten nicht dulden, sagte er. Die türkischen Streitkräfte warfen der PKK vor, 13 Geiseln getötet zu haben. Demgegenüber erklärte die PKK, die Geiseln seien durch Bombenangriffe der Türkei ums Leben gekommen.

Indes forderte Mohammad Halbusi, Präsident des irakischen Parlaments, in einem Tweet Iran und die Türkei dazu auf, sich um die Angelegenheiten ihres eigenen Landes zu kümmern und jede Einmischung in innere Angelegenheiten Iraks zu unterlassen.

## DER ZU 20 JAHREN GEFÄNGNIS VERURTEILTE IRANISCHE DIPLOMAT GEHT IN BERUFUNG

Der iranische Diplomat Assadollah Assadi, der im Februar von einem belgischen Gericht in Antwerpen zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat am 9. März gegen das Urteil Berufung eingelegt. Auch ein Ehepaar und ein iranisch-belgischer Staatsbürger, die 2018 gemeinsam mit Assadi einen Anschlag auf eine Versammlung von oppositionellen Iranern in Paris geplant hatten und ebenfalls verurteilt wurden, forderten eine Revision des Urteils.

Der geplante Anschlag wurde kurz vor der Ausführung entdeckt. Assadi war offiziell Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Wien, in Wirklichkeit aber ein Agent, der terroristische Aktivitäten in Europa mitorganisierte. Er wurde, während er sich in Deutschland aufhielt, an einer Autobahntankstelle in Bayern festgenommen und später an Belgien, wo die anderen Beteiligten verhaftet worden waren, ausgeliefert.

Iran protestierte gegen die Festnahme und Auslieferung. Assadi sei ein Diplomat und genieße Immunität, hieß es aus Teheran. Nach der Auslieferung bemühte sich die iranische Regierung, Assadi gegen einen ausländischen Gefangenen in Iran auszutauschen, was nicht gelang.

## ZAGHARI NACH FÜNFJÄHRIGER GEFÄNGNISSTRAFE ERNEUT VOR GERICHT

Die iranisch-britische Doppelstaatlerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe darf Iran nicht verlassen, obwohl sie ihre fünfjährige Gefängnisstrafe abgesessen hat. Sie war beschuldigt worden, für ausländische Geheimdienste in Iran spioniert zu haben. Sie war 2016 während eines Besuchs in Iran festgenommen und von einem Revolutionsgericht wegen Verschwörung zum Umsturz zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nun hat die Justiz neue Vorwürfe gegen sie erhoben, unter anderem „Propaganda gegen die Islamische Republik“. „Es fühlt sich für mich an, als ob sie eine Blockade gemacht haben, gerade als sie eine andere entfernt haben, und wir bleiben ganz klar inmitten dieses Regierungsschachspiels“, zitierte dpa den Ehemann Richard Ratcliffe am 7. März.

Zuletzt hielt sich Zaghari-Ratcliffe wegen der Pandemie außerhalb des Gefängnisses im Hausarrest auf, mit gefesselten Füßen. Die elektronischen Fesseln wurden nun entfernt, aber ausreisen darf sie nicht.

Der britische Premier Boris Johnson forderte auf Twitter ihre Freilassung. „Sie muss dauerhaft freigelassen werden, damit sie zu ihrer Familie im Vereinigten Königreich zurückkehren kann“, schrieb er.

Die 43-jährige Zaghari-Ratcliffe war bei der Thomson Reuters Foundation beschäftigt. Nach Meinung politischer Beobachter werde sie als Faustpfand benutzt, um Großbritannien zur Rückzahlung von 400 Millionen Pfund an Iran zu zwingen. Die Schulden stammen aus der Schah-Zeit. Damals hatte Iran bei Großbritannien Panzer bezahlt, die nie geliefert wurden.

Simon McDonald, britischer Diplomat, sagte am 8. März der Tageszeitung The Guardian, da Großbritannien dabei sei, die Schulden an Iran zurückzuzahlen, werde auch der Fall Zaghari-Ratcliffe bald zu Ende sein. Am 10. März forderte Boris Johnson in einem Telefonat mit Irans Präsident Hassan Rohani, Zaghari-Ratcliffe „sofort“ freizulassen. Sie an der Ausreise zu hindern sei „völlig inakzeptabel“. Auch andere britische Staatsbürger, die sich in iranischer Haft befänden, sollten freigelassen werden.

Am 14. März protestierte das britische Außenministerium gegen den Umgang mit der britischen Staatsbürgerin Zaghari-Ratcliffe. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Iran sich dazu entschlossen hat, einen zweiten willkürlichen Prozess gegen Nazanin Zaghari-Ratcliffe zu führen“, schrieb Außenminister Dominic Raab auf Twitter.

Das Teheraner Außenministerium warf London vor, den Fall politisieren zu wollen. „Das ist ein juristischer Fall und mit der Politisierung des Falls ist niemandem gedient“, sagte Außenamtssprecher Said Chatibsadeh am 15. März in Teheran.

Indes hat Jack Straw, ehemaliger Außenminister Großbritanniens, in einem Interview mit der BBC erklärt, 2013 habe die britische Botschaft in Teheran drei iranischen Politikern, die mit der britischen Regierung über die Rückgabe der Schulden verhandeln wollten, ein Visum erteilt. Doch die drei seien auf dem Flughafen in London festgenommen worden, obwohl sie völlig legal eingereist waren. Sie seien wie illegal eingereiste Flüchtlinge in Gewahrsam genommen und nach drei Tagen zur Rückreise gezwungen worden. Straw bezeichnete diesen Vorgang als „beschämend“. Auf die Frage, ob London nun gewillt sei, die Schulden zurückzuzahlen, sagte Straw, dessen sei er sicher. Doch angesichts bestehender Sanktionen gegen Iran sei die Rückzahlung nicht einfach. Selbstverständlich bestehe zwischen dem Fall Zaghari-Ratcliffe und der Rückzahlung ein Zusammenhang. Rohani habe einmal in einem Telefongespräch mit Johnson gesagt, eine rasche Rückzahlung der Schulden werde eine rasche Lösung anderer Probleme zur Folge haben.

### **AUSTRALISCHE GEFANGENE IN IRAN SOLLTE FÜR AGENTENTÄTIGKEIT ANGEWORBEN WERDEN**

Kylie Moore-Gilbert, eine britisch-australische Wissenschaftlerin, die längere Zeit in iranischer Haft verbrachte, erklärte am 9. März, man habe, während sie sich im Gefängnis aufhielt, versucht, sie für Spionagetätigkeiten anzuwerben.

Moore-Gilbert ist Islamwissenschaftlerin. Sie ist als Forscherin am Asia Institute der Universität Melbourne tätig. Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Schiismus. Sie hatte unter anderem im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings über die schiitische Opposition in Bahrain geforscht.

Im September 2018 nahm sie auf Einladung an einer Konferenz in der iranischen Pilgerstadt Ghom teil. Als sie danach Iran verlassen wollte, wurde sie auf dem Flughafen festgenommen und von einem Revolutionsgericht hinter verschlossenen Türen wegen Spionage zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Sie bestritt die Vorwürfe. Die ersten sieben Monate ihrer Haft verbrachte sie Einzelhaft – eine psychologische Folterung, die sie zu Selbstmordgedanken trieb.

Moore-Gilbert wurde am 25. November 2020 gegen drei Iraner, die in thailändischer Gefangenschaft waren, ausgetauscht. Die drei Terroristen hatten acht Jahre zuvor Anschläge gegen israelische Einrichtungen geplant.

Nun berichtete Moore-Gilbert in einem Interview mit dem australischen Sender Sky News, während ihrer Haft hätten die Revolutionsgarden ihr vorgeschlagen, sie solle für sie als Agentin arbeiten. Dafür könne sie sofort freigelassen werden. „Ich wusste, warum sie nicht bereit waren, mit der australischen Regierung über meine Freilassung zu verhandeln. Sie wollten, dass ich für sie als Agentin arbeite“, sagte sie.

Moore-Gilbert sagte weiter, die siebenmonatige Einzelhaft sei ein Versuch gewesen, ihre Persönlichkeit zu brechen. „Das war eine psychische Folterung. Man wird vollkommen verrückt. Man wird zermürbt.“ Ihre Zelle sei zwei mal zwei Meter groß gewesen, sagte sie. „Irgendwann spürte ich, ich werde einen weiteren Tag in dieser Lage nicht aushalten können. Wenn ich könnte, würde ich mich umbringen. Aber ich habe nie versucht, mich umzubringen, habe nichts in diese Richtung unternommen.“

Es war das erste Mal, dass Moore-Gilbert öffentlich über ihre Zeit in der Gefangenschaft berichtete. Sie habe auch nie Fluchtversuche unternommen. Einen solchen Gedanken habe sie abgelehnt, weil sie Gefängniskleidung getragen und kein Persisch gesprochen habe. Sie habe vor den Folgen eines Fluchtversuchs Angst gehabt.

Gegenwärtig befinden sich eine Reihe von Ausländern und Doppelstaatlern in iranischen Gefängnissen. Den meisten von ihnen wird Spionage vorgeworfen. Doch alles deutet darauf hin, dass sie als Faustpfand festgenommen werden, um sie gegen Iraner in ausländischer Gefangenschaft auszutauschen oder bestimmte Forderungen an den betreffenden Staat durchzusetzen. Ein aktuelles Beispiel liefert die iranisch-britische Staatsbürgerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe, die sich seit fünf Jahren in iranischer Haft befindet (s. Seite 24/25).

## **FRANZOSE WEGEN „SPIONAGETÄTIGKEIT“ VOR GERICHT**

Benjamin Brière, ein französischer Drohnen-Tourist, der vor zehn Monaten im Nordosten Irans festgenommen worden war, wird nun Spionagetätigkeit vorgeworfen. Sein Anwalt, Said Dehghan, sagte am 15. März der Agentur Reuters, sein Mandant werde beschuldigt, für ausländische Geheimdienste spioniert und gegen die Islamische Republik Propaganda betrieben zu haben. Anlass seiner Festnahme war ein Versuch, in der Nähe der Grenze zu Turkmenistan eine Drohne fliegen zu lassen, um sie zu fotografieren. Laut Behörden habe Brière sich in einem militärischen Sperrgebiet aufgehalten.

Der 35-jährige Brière hatte auch laut seinem Anwalt in einem Netzwerk geschrieben: In der Islamischen Republik bestehe für Frauen Zwangskleidung, in anderen Staaten nicht, was dem Gericht als Beweis diene, er habe gegen Iran Propaganda betrieben. Die Gerichtsverhandlung wurde am 14. März mit dem Plädoyer der Verteidigung abgeschlossen. Das Datum der Urteilsverkündung ist bislang nicht bekannt.

Das Außenministerium in Paris bestätigte im vergangenen Monat die Festnahme eines französischen Bürgers. Der Fall werde beobachtet. Anwalt Dehghan berichtete nun, Brière befinde sich im Wakilabad-Gefängnis der Stadt Maschad (im Nordosten Irans).

Gesundheitlich gehe es ihm gut. Er werde anwaltlich betreut und vom französischen Konsulat unterstützt. Auch die französische Botschaft in Teheran habe Kontakt zu ihm.

Bis jetzt hatten die französischen Behörden und die Angehörigen Brières angesichts der brisanten Lage zu dem Fall geschwiegen. Sie befürchteten, eine Veröffentlichung könnte negative Folgen haben. Wenige Wochen zuvor hatte die französische Tageszeitung Le Figaro über die Festnahme eines französischen und eines deutschen Staatsbürgers berichtet, ohne deren Namen zu nennen.

### **AUSGETAUSCHTER GEFANGENER WIRD VERDÄCHTIGT, IRANISCHER AGENT ZU SEIN**

Amir Hekmati, amerikanischer Staatsbürger iranischer Herkunft, war Mitglied der US-Marine. Im August 2011 wurde er während eines Besuchs in Iran festgenommen. Im Januar 2012 wurde er von einem Revolutionsgericht in Teheran wegen Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst CIA zum Tode verurteilt. Ein Revisionsgericht reduzierte später das Urteil auf zehn Jahre Gefängnis. Hekmati konnte jedoch nach dem Abschluss des Atomabkommens von einer gewissen Annäherung zwischen Iran und den USA profitieren. Im Januar 2016 konnte er im Rahmen eines Gefangenaustauschs zwischen Teheran und Washington Iran verlassen.

Einem Bericht der Agentur AP zufolge wirft ihm nun das FBI vor, während seines Aufenthalts im iranischen Gefängnis habe er den Behörden geheime Informationen zur Verfügung gestellt. Aus dem Bericht geht aber hervor, dass es sich um einen Anfangsverdacht handelt, denn offiziell sei Hekmati der Vorwurf nicht mitgeteilt worden. Hekmati selbst wies den Vorwurf entschieden zurück und bezeichnete ihn als „absurd“. Er schilderte in einem Schreiben seine Reise nach Iran. Er habe seine Großmutter in Iran besuchen wollen. Dort sei er festgenommen worden, schrieb er. Nach seiner Freilassung und der Rückkehr in die USA habe er eine Strafanzeige gegen Iran eingereicht und wegen der willkürlichen Festnahme und Verhaftung eine Entschädigung in Höhe von 20 Millionen Dollar verlangt. Er reichte die Klage bei einem Gericht in Washington ein.

In den USA gibt es einen Fonds für die Unterstützung der Opfer des Terrorismus. Dieser Fonds stimmte zwar zu, Hekmati die Entschädigung zu zahlen, doch er bekam sie trotzdem nicht. Er stellte fest, dass das FBI die Entschädigung wegen des Verdachts, geheime Dokumente an den iranischen Geheimdienst verkauft zu haben, verhindert hatte. Hekmatis Anwalt Scott Gilbert erklärte, entweder müsse das FBI den Verdacht begründen und Hekmati anklagen, oder den Verdacht aufgeben. Offenbar habe das FBI keine überzeugenden Beweise gegen Hekmati.